S 15 KR 493/16

Sozialgerichtsbarkeit Bundesrepublik Deutschland

Land	Freistaat Sachsen
Sozialgericht	Sächsisches Landessozialgericht
Sachgebiet	Krankenversicherung
Abteilung	1
Kategorie	Urteil
Bemerkung	-
Rechtskraft	-
Deskriptoren	ambulante medizinische Rehabilitationsmaßnahme Arbeitsunfähigkeitsbescheinigung Checkliste Entlassungsmitteilung Formular G833 Krankengeld Krankenversicherung Rehabilitationsentlassungsbericht Rücknahme der Krankengeldbewilligung Bescheinigung der Arbeitsunfähigkeit durch Entlassungsmitteilung bzw. Checkliste einer Rehabilitationseinrichtung
Leitsätze	Die ärztliche Feststellung der Arbeitsunfähigkeit nach § 46 Satz 1 Nr. 2 SGB V kann auch anlässlich der Beendigung einer medizinischen Rehabilitationsmaßnahme erfolgen - etwa in dem Entlassungsbericht, der Entlassungsmitteilung oder der Checkliste bei Arbeitsunfähigkeit im Zeitpunkt der Entlassung.
Normenkette	§ 192 Abs. 1 Satz 1 Nr. 2 SGG § 44 Abs. 1 Satz 1 SGB V § 45 SGB X § 46 Satz 1 Nr. 2 SGB V
1. Instanz	
Aktenzeichen	S 15 KR 493/16
Datum	15.03.2017
2. Instanz	
Aktenzeichen	L 1 KR 394/17
Datum	15.01.2020

3. Instanz

Datum -

I. Auf die Berufung der KlÄxgerin wird das Urteil des Sozialgerichts Chemnitz vom 15. MÄxrz 2017 aufgehoben. Die Beklagte wird unter AbÄxnderung des Bescheids vom 25. Mai 2016 in Gestalt des Widerspruchsbescheides vom 14. Juli 2016 verurteilt, der KlÄxgerin Krankengeld in gesetzlicher HÄxhe fÄx¼r die Zeit vom 5. Mai 2016 bis 14. August 2016 zu gewÄxhren.

II. Die Beklagte trÄxgt die notwendigen auÄxergerichtlichen Kosten der KlÄxgerin in beiden RechtszÄx¼gen.

III. Die Revision wird nicht zugelassen.

Tatbestand:

Streitig ist die GewÄxhrung von Krankengeld.

Die 1959 geborene KlÄxgerin war seit dem 11.11.2015 aufgrund eines Impingementsyndroms der rechten Schulter arbeitsunfÄxhig erkrankt. Bis einschlieÄxlich Februar 2016 stand sie in einem sozialversicherungspflichtigen BeschÄxftigungsverhÄxltnis. Ab 23.12.2015 bezog sie von der Beklagten als KrankenversicherungstrÄxger Krankengeld (kalendertÄxglich 28,65 EUR brutto / 25,10 EUR netto).

Im Zeitraum vom 07.04.2016 bis 04.05.2016 absolvierte die KlÄxgerin eine ambulante RehabilitationsmaÄxnahme, wÄxhrend der sie von der Beklagten als RentenversicherungstrÄxger Äxbergangsgeld bezog. Die Entlassung aus der MaÄxnahme am 04.05.2016 (Mittwoch) erfolgte als arbeitsunfÄxhig.

Am 09.05.2016 (Montag) suchte die KlÄxgerin ihre behandelnde Äxrztin auf, die erneut âx¼ fÄx¼r den Zeitraum vom 05.05.2016 bis 12.06.2016 âx¼ ArbeitsunfÄxhigkeit attestierte. FÄx¼r die Folgezeit liegen IÄx¼ckenlose Bescheinigungen Äx¼ber das Fortbestehen der ArbeitsunfÄxhigkeit bis zum 14.08.2016 vor.

ZunÄxchst bewilligte die Beklagte der KlÄxgerin mit Bescheid vom 20.05.2016 unter Bezugnahme auf die bis zum 12.06.2016 bescheinigte ArbeitsunfÄxhigkeit erneut Krankengeld. Die Gutschrift des Krankengeldes fÄx¼r die Zeit vom 05.05.2016 bis 31.05.2016 werde am ersten Arbeitstag des folgenden Monats erfolgen. Weiteres Krankengeld werde nur bei rechtzeitiger Vorlage weiterer ArbeitsunfÄxhigkeitsbescheinigungen gewÄxhrt.

Dann aber verfÄx¼gte die Beklagte mit Bescheid vom 25.05.2016, der ohne vorherige AnhÄxrung erging, dass der Anspruch auf Krankengeld am 04.05.2016 ende. Der Bescheid vom 20.05.2016 werde aufgehoben. Den hiergegen gerichteten

Widerspruch der KlÄgerin wies die Beklagte mit der Maßgabe zurÄck, dass der Bescheid vom 25.05.2016 insoweit geÄndert werde, als dieser den Bescheid vom 20.05.2016 nach [Ä§ 45](#) Zehntes Buch Sozialgesetzbuch (SGB X) zurÄcknehme (Widerspruchsbescheid vom 14.07.2016). Die GewÄhrung von Krankengeld wÄre lÄngstens bis zum 04.05.2016 (Ende der Rehabilitationsmaßnahme) mÄglich gewesen. Ein erneuter Arztbesuch und die erneute Ausstellung einer ArbeitsunfÄhigkeitsbescheinigung seien erst am 09.05.2016 erfolgt. Es fehle somit an der erforderlichen lÄckenlosen Bescheinigung der ArbeitsunfÄhigkeit. Angesichts der Beendigung des BeschÄftigungsverhÄltnisses habe die Mitgliedschaft mit Anspruch auf Krankengeld nur bis zum 04.05.2016 fortbestanden. Der Bescheid vom 20.05.2016 werde nach [Ä§ 45 SGB X](#) zurÄckgenommen. Er sei rechtswidrig begÄnstigend. Vertrauensschutz kÄnne nicht eingerÄumt werden, da kein Leistungsverbrauch entstanden sei. Es seien keine Zahlungen aus dem rechtswidrigen Bescheid erbracht worden. Unter BerÄcksichtigung des Schutzes der Versichertengemeinschaft vor einer finanziellen Belastung durch ungerechtfertigte Zahlungen kÄnne im Rahmen der ErmessenausÄbung von der RÄcknahme nicht abgesehen werden.

Hiergegen hat die KlÄgerin am 17.08.2016 Klage zum Sozialgericht (SG) Chemnitz erhoben und beantragt, den Bescheid vom 25.05.2016 in Gestalt des Widerspruchsbescheids vom 14.07.2016 aufzuheben. ArbeitsunfÄhigkeit habe fortlaufend bestanden. Sie sei am 04.05.2016 als arbeitsunfÄhig aus der Rehabilitationsmaßnahme entlassen worden. Eine Ärztliche Vorstellung am 05.05.2016 zur Bescheinigung der weiteren ArbeitsunfÄhigkeit sei nicht mÄglich gewesen, da es sich um einen Feiertag (Christi Himmelfahrt) gehandelt habe. Am 06.05.2016 sei ein Arztbesuch nicht mÄglich gewesen, weil an diesem "BrÄckentag" sowohl die behandelnde OrthopÄdiepraxis als auch die Praxis des behandelnden Hausarztes geschlossen gewesen seien. Eine Vorstellung beim Arzt sei damit erst am Montag, den 09.05.2016, â dem nÄchsten Werktag â mÄglich gewesen. Im Äbrigen sei bereits anlÄsslich der Entlassung aus der Rehabilitationsmaßnahme am 04.05.2016 die fortbestehende ArbeitsunfÄhigkeit attestiert worden.

Mit Urteil vom 15.03.2017 hat das SG die Klage abgewiesen. Die KlÄgerin sei angesichts der Beendigung des BeschÄftigungsverhÄltnisses zum 01.03.2016 seit dem 05.05.2016 nicht mehr mit Anspruch auf Krankengeld versichert gewesen. Die aus dem BeschÄftigungsverhÄltnis resultierende Pflichtmitgliedschaft habe zwar zunÄchst gemÄß [Ä§ 192 Abs. 1 Nr. 2](#) FÄnftes Buch Sozialgesetzbuch (SGB V) fortbestanden. Ab dem 05.05.2016 bestehe jedoch kein Anspruch mehr, da die Voraussetzungen fÄr die Entstehung des Anspruchs â die angesichts der abschnittsweisen Bewilligung des Krankengeldes fÄr jeden Bewilligungsabschnitt erneut festzustellen seien â nicht mehr vorgelegen hÄtten. Erst am 09.05.2016 habe der behandelnde OrthopÄde die ArbeitsunfÄhigkeit erneut festgestellt. Die rÄckwirkende Attestierung ab dem 05.05.2016 sei indes nicht dazu geeignet, einen Anspruch auf Krankengeld zu begrÄnden. Die KlÄgerin wÄre zur Aufrechterhaltung ihres Krankengeldanspruchs gehalten gewesen, entweder am 06.05.2016 ("BrÄckentag") den kassenÄrztlichen Bereitschaftsdienst in Anspruch zu nehmen oder sich bereits wÄhrend der laufenden ambulanten

Rehabilitationsmaßnahme erneut bei ihrem behandelnden Arzt zum Zwecke der Bescheinigung der fortbestehenden Arbeitsunfähigkeit vorzustellen. Daraus, dass die Klägerin am 04.05.2016 als arbeitsunfähig aus der Rehabilitationsmaßnahme entlassen worden sei, folge nichts anderes. Diese Einschätzung stelle keine Bescheinigung der Arbeitsunfähigkeit dar, zumal ein zeitlicher Endpunkt für die fortbestehende Arbeitsunfähigkeit dort nicht benannt werde.

Gegen das ihr am 24.03.2017 zugestellte Urteil des SG richtet sich die Berufung der Klägerin vom 07.04.2017. Angesichts der durchgängig bestehenden Arbeitsunfähigkeit lägen die Voraussetzungen für die Gewährung von Krankengeld vor, ohne dass es insoweit einer erneuten ärztlichen Feststellung bedürfte (Verweis auf SG Speyer, Beschluss vom 08.09.2014 – [S 19 KR 519/14 ER](#) – juris). Im Übrigen sei eine solche Feststellung vorliegend erfolgt. Denn die Entlassung aus der Rehabilitationsmaßnahme sei am 04.05.2016 als arbeitsunfähig erfolgt. Hierin liege die erforderliche ärztliche Bescheinigung der Arbeitsunfähigkeit im Sinne von [§ 46 Abs. 1 Nr. 2 SGB V](#) (Verweis auf Landessozialgericht [LSG] Baden-Württemberg, Urteil vom 23.09.2016 – [L 5 KR 3888/14](#) – und Urteil vom 25.05.2016 – [L 5 KR 1063/14](#) – juris; SG Regensburg, Urteil vom 01.06.2016 – [S 14 KR 106/16](#) – juris; LSG Sachsen-Anhalt, Beschluss vom 02.03.2016 – [L 6 KR 192/15 B](#) – juris). Zum nächstmöglichen Zeitpunkt (09.05.2016) habe sie ihren behandelnden Arzt aufgesucht. Sie habe damit, wie von der höchststrichterlichen Rechtsprechung gefordert, alles in ihrer Macht stehende und für sie Zumutbare zur Aufrechterhaltung ihres Krankengeldanspruchs getan. Das Aufsuchen der Notaufnahme am Feiertag bzw. am Brückentag sei keine zumutbare Alternative gewesen, da kein Notfall vorgelegen habe.

Die Klägerin beantragt, das Urteil des Sozialgerichts Chemnitz vom 15. März 2017 sowie den Bescheid der Beklagten vom 25. Mai 2016 in Gestalt des Widerspruchsbescheids vom 14. Juli 2016 aufzuheben und die Beklagte zu verurteilen, der Klägerin Krankengeld in gesetzlicher Höhe für die Zeit vom 5. Mai 2016 bis zum 14. August 2016 zu zahlen.

Die Beklagte beantragt, die Berufung zurückzuweisen.

Sie verteidigt die erstinstanzliche Entscheidung. Zur Aufrechterhaltung des Anspruchs auf Krankengeld hätte es des Aufsuchens eines Arztes spätestens am 06.05.2016 bedurft.

Beigezogen waren die Verwaltungsvorgänge der Beklagten. Auf diese und auf die Gerichtsakte wird ergänzend Bezug genommen.

Entscheidungsgründe:

Die Berufung der Klägerin hat Erfolg. Sie ist zulässig und begründet.

1. Streitgegenständlich im Verfahren ist – neben dem Urteil des SG vom

15.03.2017 â der Bescheid der Beklagten vom 25.05.2016 in Gestalt des Widerspruchsbescheids vom 14.07.2016.

a) Die angefochtenen Bescheide enthalten mehrere Regelungen im Sinne von [Â§ 31 Satz 1 SGB X](#): Zum einen wird der Bescheid vom 20.05.2016 zurÃ¼ckgenommen. Dies deshalb, weil mit diesem Bescheid bereits Krankengeld fÃ¼r den Zeitraum vom 05.05.2016 bis 31.05.2016 bewilligt worden war ("Wir freuen uns, Ihnen mitteilen zu kÃ¶nnen, dass wir das Krankengeld fÃ¼r die Zeit vom 5. Mai 2016 bis 31. Mai 2016 zahlen werden."). Zum anderen wird die GewÃ¤hrung von Krankengeld Ã¼ber den 04.05.2016 hinaus abgelehnt. Gegen beide Regelungen wendet sich die KlÃ¤gerin zulÃ¤ssigerweise im Wege der kombinierten Anfechtungs- und Leistungsklage nach [Â§ 54 Abs. 1](#) und 4, [Â§ 56](#) Sozialgerichtsgesetz (SGG).

b) Im Streit steht hierbei die GewÃ¤hrung von Krankengeld fÃ¼r den Zeitraum vom 05.05.2016 bis 14.08.2016. Zwar war erstinstanzlich in zeitlicher Hinsicht nur der Zeitraum vom 05.05.2016 bis 31.05.2016 streitgegenstÃ¤ndlich. Denn der von der KlÃ¤gerin vor dem SG formulierte reine Anfechtungsantrag ("Aufhebung des Bescheids vom 25.05.2016 in Form des Widerspruchsbescheids vom 14.07.2016") hÃ¤tte im Erfolgsfalle zum "Wiederaufleben" des Bescheids vom 20.05.2016 gefÃ¼hrt, der indes nur eine Bewilligungsentscheidung fÃ¼r den Zeitraum vom 05.05.2016 bis 31.05.2016 enthÃ¤lt. Soweit die KlÃ¤gerin nunmehr im Berufungsverfahren darÃ¼ber hinausgehend begehrt, Krankengeld bis zum 14.08.2016 zu erhalten, liegt jedoch eine nach [Â§ 153 Abs. 1](#) i.V.m. [Â§ 99 Abs. 3 Nr. 2 SGG](#) ohne weiteres zulÃ¤ssige Klageerweiterung vor. Selbst wenn man anstelle einer Klageerweiterung von einer KlageÃ¤nderung ausgehen wollte, wÃ¤re diese als sachdienlich im Sinne von [Â§ 99 Abs. 1 SGG](#) â und damit als zulÃ¤ssig â anzusehen, zumal im Verwaltungs- und Widerspruchsverfahren Ã¼ber das diesbezügliche Leistungsbegehren bereits (ablehnend) entschieden wurde (zur ZulÃ¤ssigkeit des Ãbergangs von der Anfechtungs-/Verpflichtungsklage zur Leistungsklage siehe Schmidt in: Meyer-Ladewig/Keller/Leit-herer/Schmidt, SGG, 12. Aufl. 2017, [Â§ 99 Rn. 4 m.w.N.](#)). FÃ¼r eine KlageÃ¤nderung im Berufungsverfahren gelten insoweit dieselben GrundsÃ¤tze wie im erstinstanzlichen Verfahren, wobei lediglich zu beachten ist, dass es sich um eine zulÃ¤ssige Berufung handeln muss. Dies ist vorliegend der Fall, insbesondere ist â im Hinblick auf den Bruttobetrag des Krankengeldes (siehe hierzu LSG Baden-WÃ¼rttemberg, Urteil vom 19.03.2019 â [L 11 KR 3841/18](#) â juris Rn. 20 f. â nachgehend: Bundessozialgericht [BSG], Urteil vom 05.12.2019 â [B 3 KR 5/19 R](#) â juris [Terminsbericht]; LSG Nordrhein-Westfalen, Beschluss vom 01.02.2018 â [L 1 KR 764/14](#) â juris Rn. 39) â der Beschwerdewert nach [Â§ 144 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 SGG](#) Ã¼berschritten.

2. Das SG hat den geltend gemachten Anspruch zu Unrecht abgelehnt. Die KlÃ¤gerin hat Anspruch auf GewÃ¤hrung von Krankengeld fÃ¼r den streitgegenstÃ¤ndlichen Zeitraum vom 05.05.2016 bis 14.08.2016.

a) FÃ¼r den Zeitraum vom 05.05.2016 bis 31.05.2016 ergibt sich der Anspruch bereits aus dem Bescheid vom 20.05.2016, mit dem die Beklagte fÃ¼r den vorbenannten Zeitraum Krankengeld bewilligt hat. Diesen Bescheid konnte die

Beklagte nicht rechtswirksam zurÃ¼cknehmen. Denn die tatbestandlichen Voraussetzungen fÃ¼r eine RÃ¼cknahme nach [Â§ 45 SGB X](#) oder eine Aufhebung nach [Â§ 48 SGB X](#) liegen nicht vor.

aa) Selbst unter Zugrundelegung der Rechtsauffassung der Beklagten, wonach es sich bei dem Bescheid vom 20.05.2016 um einen rechtswidrigen begÃ¼nstigenden Verwaltungsakt handle, liegen die Voraussetzungen fÃ¼r eine RÃ¼cknahme nach [Â§ 45 SGB X](#) nicht vor. Denn nach [Â§ 45 Abs. 1 SGB X](#) darf ein solcher Verwaltungsakt nur unter den EinschrÃ¤nkungen der AbsÃ¤tze 2 bis 4 ganz oder teilweise mit Wirkung fÃ¼r die Zukunft oder fÃ¼r die Vergangenheit zurÃ¼ckgenommen werden. [Â§ 45 Abs. 4 Satz 1 SGB X](#) normiert hierbei besondere Voraussetzungen, wenn der Verwaltungsakt mit Wirkung fÃ¼r die Vergangenheit zurÃ¼ckgenommen werden soll. Dies ist nur in den FÃ¤llen von [Â§ 45 Abs. 2 Satz 3](#) und [Â§ 45 Abs. 3 Satz 2 SGB X](#) mÃ¶glich. Anders als die Beklagte meint, handelt es sich vorliegend um eine RÃ¼cknahme mit Wirkung fÃ¼r die Vergangenheit. Dem steht der Verweis der Beklagten auf den fehlenden Leistungsverbrauch nicht entgegen. MaÃgeblich abzustellen fÃ¼r die Beantwortung der Frage, ob eine RÃ¼cknahme fÃ¼r die Vergangenheit vorliegt, ist vielmehr auf den Zeitpunkt der Bekanntgabe des RÃ¼cknahmebescheids (SchÃ¤tze in: von Wulffen/SchÃ¤tze, SGB X, 8. Aufl. 2014, [Â§ 45 Rn. 76 m.w.N.](#)). Wirkung (auch) fÃ¼r die Vergangenheit hat damit jeder Verwaltungsakt, der Geltungswirkung fÃ¼r ZeitrÃ¤ume vor oder bis zur Bekanntgabe beansprucht. Die RÃ¼ckwirkung kann sich hierbei auch auf einen im Zeitraum der Bekanntgabe noch laufenden Bewilligungszeitraum erstrecken. Dauert ein bereits vor Bekanntgabe durch Verwaltungsakt geregelter Bewilligungszeitraum noch an, erfolgt die RÃ¼cknahme nur dann mit Wirkung fÃ¼r die Zukunft, wenn sie mit Beginn des nÃ¤chsten Leistungszeitraums beginnt (SchÃ¤tze, a.a.O., m.w.N.). Unerheblich ist hierbei, ob die fÃ¼r die Vergangenheit bewilligten Leistungen bereits ausbezahlt wurden (BSG, Urteil vom 24.04.1997 â [13 RJ 23/96](#) â juris Rn. 50 m.w.N.). Auf das von der Beklagten herangezogene Kriterium des Leistungsverbrauchs kommt es damit nicht an. Hier liegt demnach eine RÃ¼cknahme fÃ¼r die Vergangenheit vor. Der Bescheid vom 25.05.2016, mit dem "der Bescheid vom 20.05.2016 aufgehoben" wird, gilt am 28.05.2016 als bekannt gegeben ([Â§ 37 Abs. 2 Satz 1 SGB X](#)). Er hebt die Leistungsbewilligung fÃ¼r die Zeit ab 05.05.2016 â und damit fÃ¼r einen in der Vergangenheit begonnenen Bewilligungsabschnitt â auf. Die RÃ¼cknahme nach [Â§ 45 Abs. 1 SGB X](#) unterliegt damit den Restriktionen des [Â§ 45 Abs. 4 SGB X](#), so dass eine RÃ¼cknahme nur bei Vorliegen der Voraussetzungen des [Â§ 45 Abs. 2 Satz 3 SGB X](#) (BÃ¼rgerversicherungspflicht) oder des [Â§ 45 Abs. 3 Satz 2 SGB X](#) (WiederaufnahmegrÃ¼nde entsprechend [Â§ 580](#) der Zivilprozessordnung) mÃ¶glich wÃ¤re, welche indes vorliegend unstreitig nicht erfÃ¼llt sind.

bb) Im Ãbrigen war der Bescheid vom 20.05.2016 nicht rechtswidrig, weil die KlÃ¤gerin Anspruch auf GewÃ¤hrung von Krankengeld Ã¼ber den 04.05.2016 hinaus hat (hierzu im Folgenden). Rechtsgrundlage fÃ¼r eine Aufhebung kÃ¶nnte damit ohnehin nur [Â§ 48 SGB X](#) sein. Dessen Voraussetzungen liegen indes bereits deshalb nicht vor, weil vorliegend keine wesentliche Ãnderung in den tatsÃ¤chlichen oder rechtlichen VerhÃ¤ltnissen eingetreten ist.

b) Die Klägerin hat Anspruch auf Gewährung von Krankengeld $\frac{1}{4}$ ber den 04.05.2016 hinaus bis zum Ende der fortlaufend attestierten Arbeitsunfähigkeit mit Ablauf des 14.08.2016.

Nach [Â§ 44 Abs. 1 Satz 1 SGB V](#) haben Versicherte Anspruch auf Krankengeld, wenn die Krankheit sie arbeitsunfähig macht oder sie auf Kosten der Krankenkasse stationär in einem Krankenhaus, einer Vorsorge- oder Rehabilitationseinrichtung behandelt werden.

aa) Hierbei ist höchststrichterlich geklärt, dass Krankengeldzahlungen grundsätzlich als abschnittsweise Leistungsbewilligung anzusehen sind (siehe zuletzt BSG, Urteil vom 08.08.2019 [â€‹ B 3 KR 6/18 R](#) [â€‹ juris](#) Rn. 13 sowie Urteil vom 25.10.2018 [â€‹ B 3 KR 23/17 R](#) [â€‹ juris](#) Rn. 12 m.w.N.). Bei [â€‹](#) wie hier [â€‹](#) zeitlich befristeten Arbeitsunfähigkeitsbescheinigungen und dementsprechender Krankengeldgewährung sind die Voraussetzungen des Krankengeldanspruchs $\frac{1}{4}$ r jeden Bewilligungsabschnitt erneut festzustellen (BSG, Urteil vom 28.03.2019 [â€‹ B 3 KR 22/17 R](#) [â€‹ juris](#) Rn. 16). $\frac{1}{4}$ r die Aufrechterhaltung des Krankengeldanspruchs ist es dabei erforderlich, dass die Arbeitsunfähigkeit bei Ablauf eines jeden Bewilligungsabschnitts erneut ärztlich festgestellt wird. Ob und in welchem Umfang der Versicherte bei erneuter ärztlicher Bescheinigung von Arbeitsunfähigkeit Krankengeld beanspruchen kann, bestimmt sich dann nach dem Versicherungsverhältnis, das im Zeitpunkt des jeweils in Betracht kommenden Entstehungszeitpunktes $\frac{1}{4}$ r das Krankengeld besteht. Der von der Klägerin angeführten anderslautenden Rechtsprechung des SG Speyer ist das BSG in ständiger Rechtsprechung nicht gefolgt. Vor diesem Hintergrund ist der Einzelanspruch auf Gewährung von Krankengeld [â€‹](#) wenn, wie hier, abweichende Übergangsregelungen nicht bestehen [â€‹](#) anhand des im jeweiligen Bewilligungsabschnitt geltenden Rechts zu prüfen (BSG, Urteil vom 08.08.2019 [â€‹ B 3 KR 6/18 R](#) [â€‹ juris](#) Rn. 13; Urteil vom 11.05.2017 [â€‹ B 3 KR 22/15 R](#) [â€‹ juris](#) Rn. 16). Vorliegend richtet sich der Anspruch mithin nach dem ab 23.07.2015 (bis zum 10.05.2019) geltenden Recht.

bb) Nach [Â§ 46 Satz 1 SGB V](#) in der hier anzuwendenden Fassung vom 16.07.2015 entsteht der Anspruch auf Krankengeld bei Krankenhausbehandlung oder Behandlung in einer Vorsorge- oder Rehabilitationseinrichtung von ihrem Beginn an (Nr. 1), im Übrigen von dem Tag der ärztlichen Feststellung der Arbeitsunfähigkeit an (Nr. 2).

Unstreitig bestand [â€‹](#) unbeschadet der Beendigung des Beschäftigungsverhältnisses zum 01.03.2016 [â€‹](#) bis zum 04.05.2016 dem Grunde nach Anspruch auf Gewährung von Krankengeld, der während der Rehabilitationsmaßnahme nach [Â§ 49 Abs. 1 Nr. 3 SGB V](#) ruhte. Denn angesichts des fortlaufenden Bezugs von Krankengeld ab 23.12.2015 bzw. des Bezugs von Übergangsgeld während der Rehabilitationsmaßnahme im Zeitraum vom 07.04.2016 bis 04.05.2016 bestand die Mitgliedschaft der Klägerin mit Anspruch auf Gewährung von Krankengeld fort ([Â§ 192 Abs. 1 Nr. 2](#) und 3 SGB V).

Entgegen der Ansicht der Beklagten bestand der Krankengeldanspruch auch $\frac{1}{4}$ ber

den 04.05.2016 hinaus fort. Zwar geht die Beklagte zutreffend davon aus, dass es für das Fortbestehen der Mitgliedschaft mit Anspruch auf Krankengeld nach dem bis zum 10.05.2019 geltenden Recht erforderlich war, die Arbeitsunfähigkeit rechtzeitig – d.h. spätestens am Folgetag der zuletzt bescheinigten Arbeitsunfähigkeit – erneut ärztlich feststellen zu lassen, weil ein neuer Anspruch auf Krankengeld dann nur entstehen kann, wenn bei Beginn des neuen Bewilligungsabschnitts die Voraussetzungen für die Entstehung eines Krankengeldanspruchs weiterhin vorliegen. Die ärztliche Feststellung des Fortdauerns der Arbeitsunfähigkeit ist vorliegend indes rechtzeitig – nämlich am letzten Tag des die Mitgliedschaft bis dahin aufrechterhaltenden Übergangsgeldbezugs – erfolgt. Dies deswegen, weil die Klägerin aus der Rehabilitationsmaßnahme am 04.05.2016 als arbeitsunfähig entlassen wurde.

Die Feststellung der Arbeitsunfähigkeit muss weder durch einen Vertragsarzt noch auf dem durch § 5 Abs. 1 oder § 6 Abs. 1 Arbeitsunfähigkeits-Richtlinie vorgesehenen Vordruck erfolgen (BSG, Urteil vom 10.05.2015 – [B 1 KR 20/11 R](#) – juris Rn. 13; Urteil vom 12.03.2013 – [B 1 KR 7/12 R](#) – juris Rn. 15; Beschluss vom 14.08.2018 – [B 3 KR 5/18 B](#) – juris Rn. 9). Anlass und Zweck der ärztlichen Überzeugung zur Arbeitsunfähigkeit sind unerheblich (LSG Baden-Württemberg, Urteil vom 23.09.2015 – [L 5 KR 3888/14](#) – juris Rn. 10 [Krankenhausaufnahmebescheinigung]; Urteil vom 25.05.2016 – [L 5 KR 1063/15](#) – juris Rn. 47 [MDK-Gutachten]). Inhaltlich genügt es, dass der Arzt aufgrund persönlicher Untersuchung des Versicherten (§ 4 Abs. 1 Arbeitsunfähigkeits-Richtlinie) feststellt, dass der Patient krank ist und seiner letzten Beschäftigung nicht mehr nachgehen kann. Die Verwendung des Begriffs Arbeitsunfähigkeit ist im Allgemeinen ausreichend, da unterstellt werden kann, dass der überkommene Rechtsbegriff den Ärzten bekannt ist und von ihnen im Allgemeinen zutreffend angewandt wird (LSG Sachsen-Anhalt, Beschluss vom 02.03.2016 – [L 6 KR 192/15 B](#) – juris Rn. 25). Die von § 46 Abs. 1 Nr. 2 SGB V geforderte ärztliche Feststellung der Arbeitsunfähigkeit kann daher auch in einem Rehabilitationsentlassungsbericht getroffen werden (Sächsisches LSG, Urteil vom 27.09.2019 – [L 9 KR 63/19](#) – juris Rn. 30; LSG Nordrhein-Westfalen, Urteil vom 07.12.2017 – [L 5 KR 501/16](#) – juris Rn. 23; LSG Baden-Württemberg, Urteil vom 15.09.2017 – [L 4 KR 2475/15](#) – juris Rn. 42; LSG Sachsen-Anhalt, Beschluss vom 02.03.2016 – [L 6 KR 192/15 B](#) – juris Rn. 25). Dies gilt insbesondere auch für die anlässlich der Entlassung aus der Rehabilitationsmaßnahme erstellte "Checkliste bei Arbeitsunfähigkeit im Zeitpunkt der Entlassung" (LSG Nordrhein-Westfalen, Urteil vom 29.01.2019 – [L 1 KR 247/18](#) – juris Rn. 35).

Vorliegend hat die anlässlich der Beendigung der Rehabilitationsmaßnahme am 04.05.2016 durchgeführte ärztliche Abschlussuntersuchung ergeben, dass die Klägerin weiterhin arbeitsunfähig war. Dies folgt aus der Entlassungsmitteilung, die der Beklagten noch am gleichen Tag übersandt wurde. Gleichfalls übersandt wurde die "Checkliste bei Arbeitsunfähigkeit im Zeitpunkt der Entlassung" (Formular G833 des Rentenversicherungsträgers). Hier ist ausgeführt, dass auch nach Beendigung der Rehabilitationsmaßnahme noch Restbeschwerden bestanden. Aus diesem Grund könne aktuell auch durch eine stufenweise

Wiedereingliederung Arbeitsfähigkeit noch nicht wieder hergestellt werden. Damit ist ärztlich festgestellt, dass die Klägerin aufgrund des bislang bestehenden Leidens über den Entlassungstag hinaus weiterhin arbeitsunfähig war. Dass diese Feststellung nicht mit einer Prognose einherging, ab wann die Arbeitsfähigkeit wieder hergestellt sein würde, die Mitteilung mithin keine zeitliche Befristung der Arbeitsunfähigkeit enthielt, ist rechtlich unerheblich. Das BSG hat bereits entschieden, dass der Grundsatz, dass die leistungsrechtlichen Voraussetzungen für die Bewilligung von Krankengeld für jeden Bewilligungsabschnitt neu zu prüfen sind, es nicht ausschließt, eine ärztliche Feststellung aus vorangegangener Zeit, die als unbefristete Feststellung den weiteren Bewilligungsabschnitt mit umfasst, als ausreichend für die Aufrechterhaltung des Anspruchs auf Krankengeld anzusehen (BSG, Urteil vom 10.05.2012 – B 1 KR 20/11 R – juris Rn. 12 f. und Urteil vom 12.03.2013 – B 1 KR 7/12 R – juris Rn. 15). Vor diesem Hintergrund kann auch eine Krankschreibung "auf nicht absehbare Zeit" oder "bis auf Weiteres" die für den Anspruch auf Krankengeld erforderliche ärztliche Feststellung im Sinne des [Â§ 46 Satz 1 Nr. 2 SGB V](#) enthalten (LSG Baden-Württemberg, Urteil vom 21.01.2014 – L 11 KR 4174/12 – juris Rn. 23 m.w.N.). Daran, dass die Klägerin tatsächlich über den 04.05.2016 hinaus arbeitsunfähig war, bestehen vorliegend keine Zweifel. Denn bereits am 09.05.2016 wurde erneut, diesmal durch die behandelnde Ärztin, Arbeitsunfähigkeit rückwirkend zum 05.05.2016 bescheinigt, so dass von einer durchgehend bestehenden Arbeitsunfähigkeit ausgegangen werden muss (siehe hierzu auch Â§ 4a der Arbeitsunfähigkeits-Richtlinie in der seit 17.03.2016 geltenden Fassung, wonach der Krankenhausarzt bzw. der Rehabilitationsarzt im Rahmen des Entlassungsmanagements dazu berechtigt ist, wie ein Vertragsarzt Arbeitsunfähigkeit für einen Zeitraum von bis zu sieben Kalendertagen nach der Entlassung festzustellen). Ob es der Klägerin zuzumuten gewesen wäre, am 06.05.2016 ("Brückentag" nach Christi Himmelfahrt) den kassenärztlichen Bereitschaftsdienst (zu dessen Sicherstellungsauftrag an sog. Brückentagen, d.h. zwischen gesetzlich geregelten Feiertagen und dem Wochenende gelegenen Einzeltagen, siehe Â§ 2 Abs. 2 Satz 3 der Kassenärztlichen Bereitschaftsdienstordnung der Kassenärztlichen Vereinigung Sachsen, Stand: 01.10.2015) in Anspruch zu nehmen, mit der Folge, dass sie nicht alles in ihrer Macht stehende und ihr Zumutbare zur ärztlichen Feststellung der Arbeitsunfähigkeit getan hätte (siehe hierzu BSG, Urteil vom 11.05.2017 – B 3 KR 22/15 R – juris), kann vor diesem Hintergrund dahinstehen.

3. Die Kostenentscheidung beruht auf [Â§ 193 SGG](#).

4. Gründe für die Zulassung der Revision nach [Â§ 160 Abs. 2 SGG](#) liegen nicht vor. Insbesondere kommt der Rechtsache keine grundsätzliche Bedeutung zu. Dies bereits deshalb, weil sie außer Kraft getretenes Recht betrifft. Die Vorschrift des [Â§ 46 SGB V](#) wurde mit Wirkung ab 11.05.2019 geändert (siehe nunmehr [Â§ 46 Satz 3 SGB V](#)). Die Voraussetzungen für das Entstehen eines Anspruchs auf Krankengeld nach dem bis zum 10.05.2019 geltenden Recht sind höchststrichterlich geklärt. Dies gilt insbesondere im Hinblick auf die Frage, welche rechtlichen Anforderungen an die ärztliche Arbeitsunfähigkeitsfeststellung und an die

Nahtlosigkeit von Ärztlichen Arbeitsunfähigkeitsbescheinigungen bei abschnittsweise bewilligtem Krankengeld zu stellen sind (so ausdrücklich BSG, Beschluss vom 14.08.2018 – [B 3 KR 5/18 B](#) – juris Rn. 8 [zur Arbeitsunfähigkeitsbescheinigung durch einen Rehabilitationsentlassungsbericht]).

Erstellt am: 09.03.2020

Zuletzt verändert am: 23.12.2024